

Energiepaket einstimmig verabschiedet

Fördergelder Grüne und Freisinnige schliessen einen fast schon historischen Kompromiss und ermöglichen eine mehrheitsfähige Lösung für die Energieförderungsmaßnahmen der nächsten Jahre im Kanton Baselland.

Thomas Gubler

Davon sind vor Wochenfrist nicht einmal die kühnsten Prognostiker ausgegangen: dass nämlich die Revision des kantonalen Energiegesetzes mit den Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien im Landrat einstimmig verabschiedet wird. 88 zu null, ohne Enthaltungen, lautet das rekordverdächtige Resultat der Schlussabstimmung, das gleichzeitig auch zur Folge hat, dass die Volksabstimmung entfällt. Möglich gemacht hat dies ein fast schon historisch anmutender Kompromiss zur Dotation des Fördertopfs.

Während noch in der ersten Lesung vor zwei Wochen Grüne und SP zusammen mit der Umwelt- und Energiekommission kantonale Fördergelder in der Höhe von sechs Millionen pro Jahr und somit 36 Millionen Franken für die kommende Sechsjahresperiode verlangten, wollten die Bürgerlichen nicht über fünf Millionen jährlich hinausgehen.

Das war grundsätzlich auch gestern zu Beginn der zweiten Lesung noch der Fall. Diese Summe sei ausreichend, weil die Beiträge heute effizienter, nämlich nur noch für Projekte, die auch der Bund subventioniert, eingesetzt würden. «Zusammen mit den Bundesgeldern stehen somit für die nächsten sechs Jahre rund 110 Millionen Franken zur Verfügung», sagte Stephan Burgunder (FDP).

Zwischenbilanz in der Mitte

Es war dann aber auch Burgunder, der darauf den grün-freisinnigen Kompromiss präsentierte: nämlich nur fünf Millionen Franken kantonale Fördergelder pro Jahr. Dafür muss der Regierungsrat spätestens nach drei Jahren, also in der Mitte der



Im neuen Baselbieter Energiegesetz soll das Schweizer Holz eine gezielte Förderung erfahren. Foto: Melanie Duchene

Beitragsperiode, einen Zwischenbericht über die bisherige Ausschöpfung der Mittel und die CO₂-Bilanz vorlegen. In Kenntnis dieser Fakten könne man dann das Visier neu einstellen und allenfalls zusätzliche finanzielle



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Mittel für die restliche Laufzeit bewilligen.

Was dann folgte, war ein Ringen um die genaue Formulierung, um Füllwörter, Abkürzungen und Umformulierungen. Felix Keller (CVP) wollte der Debatte schon ein Ende bereiten

und beantragte die Rückweisung der Kompromissformel an die Umwelt- und Energiekommission. Er scheiterte aber damit mit 74 zu 10 Stimmen deutlich.

Und auch Hanspeter Weibel (SVP), der die Formulierung als etwas handgestrickt empfand und sich deshalb Sorgen um die «Gesetzeshygiene» machte, fand kein Gehör, nicht einmal in seiner eigenen Fraktion. Der Wille des Ratsplenums, an dieser Sitzung Nägel mit Köpfen zu machen, war grösser als allfällige ästhetische Bedenken. Mit 84 Ja- zu 2 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, wurde der Kompromissvorschlag der Freisinnigen und der Grünen überaus deutlich angenommen.

Ein Kompromiss brachte ebenfalls die Lösung im Bestreben, auch grosse Holzfeueranlagen, die regionales und einheimisches Holz verwenden, in den Genuss von Förderbeiträgen kommen zu lassen. Hier bildete ein Vorschlag von Urs Kaufmann (SP) die Basis für eine Ergänzung der Vorlage.

Mehr einheimisches Holz

Danach sollten grosse Holzfeuerungsanlagen und Anschlüsse an damit versorgte Wärmenetze gefördert werden, wenn das genutzte Holz überwiegend aus der Region oder zumindest aus der Schweiz stammt. Die Minimalgrösse der Feuerungsanlage und der Anteil Schweizer Holz soll-

ten dabei auf Verordnungsstufe durch den Regierungsrat geregelt werden.

Die SVP offenbarte wenig Vertrauen in die Regierung und wollte auch das auf Gesetzesebene geregelt haben. «Vielleicht haben da ja kommende Regierungsräte andere Vorstellungen als die heutigen», meinte Andi Trüssel (SVP). So fand dann die Mindestleistung von 250 Kilowatt bei den Holzfeuerungsanlagen und ein Mindestanteil von 80 Prozent Schweizer Holz Eingang ins kantonale Energiegesetz. Der Einwand von Bau- und Umweltschutzdirektor Isaac Reber, was denn passiere, wenn mal nur 75 Prozent zur Verfügung stehe, wurde nicht gehört.

Schelte an die Adresse des Kantonsspitals Baselland

Intransparenz Der Landrat hat 13 Millionen Franken gemeinwirtschaftliche Leistungen bewilligt. Widerwillig.

Fast wäre es exakt die Wiederholung des Trauerspiels geworden, das sich vor drei Jahren schon einmal abgespielt hatte. Zwar hat der Landrat am Donnerstag im Eilverfahren für dieses Jahr 13 Millionen Steuergeld für das Kantonsspital durchgewinkt. Wiederum mit Widerwillen.

Doch diesmal hat der Landrat die teuren gemeinwirtschaftlichen Leistungen – jene Spitalleistungen, die nicht von der Krankenversicherung finanziert werden – nur noch auf ein Jahr befristet bewilligt. Und zusätzlich wird sich Gesundheitsminister Thomas Weber mit einer Motion der FDP-Fraktion auseinandersetzen müssen, mit der verlangt wird, dass die gemeinwirtschaftlichen Leistungen künftig öffentlich ausgeschrieben werden – wenn sie denn überhaupt berechtigt sind.

Fast aus allen politischen Lagern wurde in der Debatte der Führung des Kantonsspitals Intransparenz vorgeworfen – und mangelndes Kostenbewusstsein. Peter Brodbeck (SVP): «Wir sagen

für ein Übergangsjahr zähneknirschend Ja, eine nächste pauschale Forderung darf es nicht geben.» Sven Inäbni (FDP): «Uns fehlt der Wettbewerb; das Tüpfli auf dem i ist, dass die Forderung nicht einmal mehr begründet wird.» Und Rahel Bänziger (Grüne): «Uns reicht, wir werden vom Kantonsspital nicht ernst genommen.»

Sogar noch aufgerundet

Die Grünen stellten sogar den Antrag, gar nicht auf die Vorlage einzutreten. Doch sie blieben damit allein. Bänziger sagte, mit so wenig Informationen würde in keinem anderen Bereich ein Kredit von 13 Millionen Franken bewilligt. Und es gebe auch vonseiten des Spitals keinerlei Anzeichen, dass die Kosten möglichst tief gehalten würden. Im Gegenteil: Diesemal sei das Kreditbegehren sogar noch aufgerundet worden.

Klaus Kirchmayr (Grüne) ergänzte, mit dem Kreditbegehren werde der Landrat genötigt, einem Kredit unter Missachtung der gesetzlichen Verpflichtung



Sven Inäbni (FDP) fordert öffentliche Ausschreibungen. Foto: Dominik Plüss

der Parlamentarier im Umgang mit Geld zuzustimmen.

Gemäss der Vorlage werden mit den 13 Millionen Franken die universitäre Lehre und Forschung, die Weiterbildung von Assistenzärzten, die Notfallversorgung, die Rettungsdienste, die spitalexterne Onkologiepflege und die Notrufzentrale finanziert. In der Vorlage räumt die Regierung zudem ein, dass wei-

tere Leistungen darunter figurieren, bei denen Finanzierungslücken bestünden.

Nicht in die Schelte einstimmen mochte die CVP. Marc Scherrer (CVP) sagte, es wäre jetzt in Anbetracht der beschlossenen neuen Spitalstrategie der dümmste Zeitpunkt, einen Kredit zurückzuweisen. Urs Roth (SP) relativierte ebenfalls: Nicht die Intransparenz sei das Problem,

sondern der Umstand, dass unklar sei, was zu den gemeinwirtschaftlichen Leistungen zähle.

Wie weiter?

Wie der Kanton ab 2021 weiterfahren wird, ist offen. Sven Inäbni hat namens der FDP-Fraktion eine Motion nachgereicht. Diese nimmt die künftige gemeinsame Spitalplanung mit Basel-Stadt auf und verlangt, dass die zwingend notwendigen gemeinwirtschaftlichen Leistungen öffentlich ausgeschrieben werden. In beiden Kantonen, denn der Wettbewerb mache nicht zwingend an der Kantonsgrenze halt, wie Inäbni der BaZ sagte.

Offen ist auch, inwieweit verrechenbare Leistungen indirekt subventioniert werden: Die Motion verlangt, dass der Katalog der heutigen gemeinwirtschaftlichen Leistungen überprüft und allenfalls entlastet wird. Mit einer einheitlichen Spitalliste könnten dies beide Basel gemeinsam tun, führte Inäbni aus.

Thomas Dähler

Steuerverwaltung verschickt zu hohe Rechnungen

Grundstückgewinn Im Kanton Baselland ist ein Teil der Gewinnsteuerrechnungen für 2019 zu hoch ausgefallen. Grund ist ein Rechenfehler bei der kantonalen Steuerverwaltung. Als fehlerhaft herausgestellt haben sich rund 1000 Veranlagungen, wie die Finanz- und Kirchendirektion mitteilte.

Den betroffenen Verkäuferinnen und Verkäufern von Grundstücken wird eine korrigierte Veranlagung bis Ende August in Aussicht gestellt. Die entsprechenden Guthaben werden gemäss der Mitteilung mitsamt Zins zurückerstattet. Nach ersten Schätzungen der FKD werden sich die Rückerstattungen auf insgesamt weniger als eine Million Franken belaufen.

Bisher wurden bei der Steuerverwaltung für das Jahr 2019 rund 1500 Grundsteuerrechnungen ausgestellt. Davon sind 500 korrekt, wie es auf Anfrage hiess. Die Veranlagungen wurden gestoppt, als der Fehler entdeckt wurde. Die Bearbeitung der verbleibenden 1500 Dossiers wird nun mit den korrigierten Werten in Angriff genommen. (sda)

Nachrichten

«Rückverschiebung in unbesiedeltes Gebiet»

Liestal Die Grünen Baselland haben am Donnerstag im Liestaler Regierungsgedäude eine Petition mit über 400 Unterschriften zur «Rückverschiebung der Flugrouten in unbesiedeltes Gebiet» beim Regierungsrat eingereicht. Die Petition fordert, dass die Routenführung von Starts ab der Piste 15 für alle Startprozeduren (ausser Direktstarts Süd) vor die Landesgrenze zurückverschoben wird. Zudem verlangt die Petition, dass Anwohnerinnen und Anwohner im Fluglärmpuffer des Euro-Airports im gleichen Masse für Lärmschutzmassnahmen entschädigt werden, wie dies auf der französischen Seite der Fall ist. (red)

Tramlücken sollen geschlossen werden

Liestal Der Landrat hat die Regierung beauftragt, die Machbarkeit eines Lückenschlusses bei der geplanten Verlängerung der beiden Tramlinien 8 und 17 in Allschwil zu prüfen. Gegebenenfalls soll dieser durch eine Tieflege erfolgen. Das Kantonsparlament hat ein entsprechendes Postulat von Felix Keller (CVP) gegen den Willen des Regierungsrats einstimmig überwiesen. (red)

Vergessenes Essen löst Feuerwehreinsatz aus

Rheinfelden (D) Eine Zeugin meldete am Mittwoch gegen 22.30 Uhr, dass sie Rauch aus einem Mehrfamilienhaus am Friedrichplatz in Rheinfelden kommen sehe. Die angerückten Rettungskräfte stellten neben der Rauchentwicklung fest, dass der Feuermelder in einer Wohnung aktiv geworden war. Sie öffneten die entsprechende Wohnungstür und entdeckten, dass der 45-jährige Bewohner offensichtlich eine Pfanne auf seinem eingeschalteten Herd vergessen hatte, als er die Wohnung verliess. Es entstand geringer Sachschaden, Personen wurden nicht verletzt. Die Friedrichstrasse war jedoch kurzzeitig gesperrt. (red)